
Neue Verbrauchsteuern – heißt das Preisstabilisierung?*

Josef Steindl

Der Herr Finanzminister hat Sorgen. Er soll das Budget ausgleichen. An und für sich würde kein zwingender Grund bestehen, warum er das tun soll: Der Staat kann ja Kredit nehmen, um seine Investitionen zu finanzieren. Aber die Amerikaner verlangen, dass das Budget ausgeglichen ist, und sie erzwingen damit weitere, ganz unheimliche Kürzungen der Investitionen (die zum Beispiel die Bundesbahnen hart treffen müssen).

Es ist wichtig zu wissen, dass diese Politik nicht auf Österreich beschränkt ist, sondern in ganz Westeuropa unter amerikanischem Druck vor sich geht: Überall sind Kamitze¹ seit einiger Zeit daran, die Investitionen (Bauten etc.) des Staates zu verringern und damit die Arbeitslosigkeit zu steigern. Es ist wichtig für uns, weil die Kamitz-Politik der anderen Länder uns mindestens eben so trifft wie unsere eigene. Sie bedeutet eine Schrumpfung unserer ausländischen Märkte und einen Rückgang unserer Exporte und damit Arbeitslosigkeit in unserer Industrie. Und überall geht diese Politik auf den gleichen amerikanischen Einfluss zurück. Man beliebt es, sie „Stabilisierungspolitik“ zu nennen. Der Minister Böck-Greissau² hat kürzlich gesagt, dass Österreich seit einem Jahr eine wirtschaftliche Stabilität wie kein anderes Land erreicht habe. Wahrhaftig, wir haben 65.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr,³ wir schlittern in eine ausgesprochene Wirtschaftskrise hinein, und der Minister rühmt die Stabilität unserer Wirtschaft!

Bei alledem wird der Ausgleich des Budgets schwerer als je. Warum? Die Ausgaben steigen – ist doch mehr Arbeitslosengeld auszubezahlen. Die Steuereinnahmen sinken, weil die Einkommen und der Umsatz geringer werden: Je weniger Leute beschäftigt sind, je geringer die Produktion und der Absatz, desto weniger werden natürlich die Steuereingänge.

Die Politik der „Stabilisierung“ – zu Deutsch gesagt, des Abbaus und der Beschäftigungseinschränkung – führt also von selbst dazu, dass der Finanzminister heute nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll. Wer soll nun die Zeche für diese Politik bezahlen? Bei der Zusammensetzung un-

* Das Original dürfte um die Jahreswende Anfang 1953 verfasst worden sein. Es liegt handgeschrieben vor und ist im digitalen Nachlass einsehbar. Die erklärenden Anmerkungen wurden im Nachhinein eingefügt.

serer Regierung ist es nicht überraschend, dass der Druck auf die Arbeiter und Rentner überwältigt werden soll. Man plant die Verbrauchsteuern und die Bahntarife zu erhöhen. Das bedeutet natürlich Preiserhöhungen und steht – im Widerspruch zur „Stabilisierung“. Aber augenscheinlich meinen die Minister, wenn sie den Erfolg der Stabilisierung rühmen, nur die Stabilisierung der Löhne!

Eine Erhöhung der Verbrauchsteuern auf den Massenkonsum bedeutet eine erhebliche Belastung der Arbeiterhaushalte, während sie für die Wohlhabenden nicht ins Gewicht fällt. Es ist selbstverständlich, dass die Arbeiter dagegen Stellung nehmen müssen, dass ausgerechnet sie die Zeche für die ruinöse Krisenpolitik zahlen sollen. Die Stellungnahme ist klar: Wenn durch erhöhte Verbrauchsteuern die Preise hinaufgetrieben werden, hat es mit der Lohnstabilisierung ein Ende! Ebenso wenig wie die Arbeiterschaft bereit ist, die Zeche für eine erneute Abwertung zu zahlen, ebenso wenig ist sie auch bereit, die Zeche für den Ausgleich des Budgets zu zahlen.

Diese Haltung ist umso mehr berechtigt, als die Sorgen des Herrn Finanzministers nicht vom Himmel verfügt und unabwendbar sind. Man lasse sich hier nicht täuschen. Man redet den Arbeitern immer wieder ein: Unsere Schwierigkeiten kommen davon, dass uns die Amerikaner weniger Geld geben, dass sie die Hilfe reduziert haben. Das ist falsch. Unsere Schwierigkeiten kommen nicht davon, dass uns die Amerikaner die Hilfe kürzen, sondern davon, dass sie uns verbieten, uns einen Ersatz für die Hilfslieferungen in der Erweiterung des Osthandels zu suchen. Was fehlt uns denn? Uns fehlt letzten Endes nicht Geld, uns fehlen Rohstoffe und Nahrungsmittel, die wir uns auf die Dauer nur im Austausch gegen die Erzeugnisse unserer Industrie beschaffen können. Uns fehlen also Märkte, Absatz- und Bezugsmärkte. Die Amerikaner können uns nicht Märkte bieten, denn ihre Industrie sperrt sich vor jeder ausländischen Konkurrenz ab. Die Märkte im Osten aber werden uns verboten, denn die Amerikaner glauben, den Aufbau Russlands durch einen allgemeinen Handelsboykott verzögern zu können. Hier liegt der Kern unserer Schwierigkeiten: Wir können Vollbeschäftigung nur durch Osthandel haben, und das gilt für ganz Europa. Da aber die europäischen Kamitze im Auftrag Amerikas den Osthandel sabotieren, können sie uns nicht Vollbeschäftigung, sondern nur steigende Arbeitslosigkeit bieten.

Darauf gehen, wie wir gezeigt haben, auch die Schwierigkeiten unseres Budgets zurück; denn von arbeitslosen Arbeitern und eingeschränkten Umsätzen kann man nur wenig Steuereingänge erzielen. Wenn Kamitz in Geldnöten ist, so ist das nur die Folge seiner eigenen Politik und die der anderen europäischen Kamitze, die uns in immer größere Arbeitslosigkeit hineinstabilisieren und heruntersanieren. Die Zeche für diese Politik, den Arbeitern in Form von höheren Verbrauchsteuern und demgemäß erhöh-

ten Preisen anzulasten, ist zu viel verlangt. Das bedeutet, dass so und so viele Arbeiterfamilien, die schon mit der Erhaltung eines arbeitslosen Familienmitglieds belastet sind, nun auch noch höhere Preise für wichtige Verbrauchsgüter bezahlen müssen. Die Arbeiter werden in vollem Recht sein, wenn sie sich mit dieser Form der Stabilisierung nicht einverstanden erklären und ihrerseits einen Lohnausgleich verlangen.

Anmerkungen

- ¹ Reinhard Kamitz (18.6.1907-9.8.1993) war von 23.1.1952-17.6.1960 Finanzminister.
- ² Josef Böck-Greissau (5.4.1893-21.4.1953) war 23.1.1952-21.4.1953 Minister für Handel und Wiederaufbau.
- ³ Im Februar 1953 war die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 65.000 höher als im Februar 1952. Österreich hatte 1953 mit 8,7% die höchste Arbeitsrate der Nachkriegsjahrzehnte.